TERMINAL TRIBUNE
INK & IRON, BÜRO 404

Samstag, 7. November 2026 WOCHENENDAUSGABE · WOCHE 45 Ausgabe frei Haus

ROHSTOFFE & ENERGIE

Einheitliche Front, ungeschlossenes Rohr

Dex Hollis · 2. November · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Röttgen sagt es ohne Umweg: Eine einheitliche westliche Reaktion auf russische Truppenbewegungen ist dringend. Der Dialog mit Russland darf dabei nicht zur Ausrede für Untätigkeit werden. Das ist die Leitplatte. Wer nur redet, während seine Partner abseits stehen, überlässt dem Gegenüber die Kontrolle über das Tempo.

Bei Nord Stream 2 laufen die Fronten ineinander. Baerbock hatte das Projekt früher bekämpft. Jetzt stützt die Bundesregierung es. Zwischen ihrer früheren Opposition und der aktuellen Regierungspolitik klafft ein politischer Bruch. Als Außenministerin betont sie zugleich, dass Nord Stream 2 weit mehr sei als ein privatwirtschaftliches Vorhaben: Das Projekt habe geostrategische Bedeutung und werfe Sicherheitsfragen auf. Genau dahinter verschwindet, wer mit welchem Interesse am Tisch sitzt. Das Etikett „privatwirtschaftlich“ verdeckt die Machtstruktur. Russland setzt auf einen zügigen Start und erwartet von der neuen deutschen Bundesregierung eine pragmatische Entscheidung zum Nutzen der Verbraucher. Die Rechnung, die dabei aufgemacht wird, landet später an der Zapfsäule und in jeder Heizungsrechnung.

Formal ist noch nichts entschieden. Vor der Inbetriebnahme fehlen die rechtliche Genehmigung der Bundesnetzagentur und die anschließende Überprüfung durch die EU-Kommission. Kanzler Scholz nennt das Verfahren „ganz unpolitisch“. Baerbock beschreibt denselben Zustand mit anderen Worten. Das klingt nach Semantik, ist aber eine politische Tarnung. Solange die Prüfung läuft, kann jede Regierung das Projekt als Privatsache, jede Gegenseite als Risiko verkaufen.

IN DIESER AUSGABE

KRISEN & KONFLIKTE
Rüstung, Protest, Russland: Die Fäden laufen zusammen

RÜSTUNG & SICHERHEIT
Die Lücke zwischen Sanktion und Geschäft

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT
Das Labor, der Vorwand und die offene Beweiskette

POLITIK & MACHT
Die Maske der Sabotage

MIGRATION & ASYL
Entwicklungshilfe gegen Migration: Das Geschäft dahinter

FINANZEN & WIRTSCHAFT
Irans Schattenwirtschaft: Der Druck sucht die Leitung

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG
Indiens Lizenzkürzung trifft Monsantos Geschäftsmodell

DIGITALES & ÜBERWACHUNG
Gerichte zwingen Meta ins Datenlicht

PHARMA & MEDIZIN
Ghostwriter, SEO und die Lücke auf dem Titelblatt

ROHSTOFFE & ENERGIE
Sanktionsfront nach Russland: China bleibt außen vor

KLIMA, ERDE & WETTER
Der Preis der Tonne und die Rechnung der Erde

Die Bindung reicht weit über Berlin hinaus. Die frühere deutsche Regierung hatte mit den USA vereinbart, dass Energie nicht als Waffe eingesetzt werden darf und erhebliche Konsequenzen hätte. Gleichzei-

tig lehnt Washington Nord Stream 2 wegen der europäischen Abhängigkeit von russischen Lieferungen ab. Die Europäische Union will ihre Verteidigungspolitik autonomer gestalten. Das eröffnet Chancen und bringt Herausforderungen. doch eine strategische Autonomie, die ihre Energie weiterhin über ein geostrategisch umkämpftes Rohr bezieht, trägt einen Riss in der Fassade.

Röttgens Forderung nach einer einheitlichen westlichen Reaktion verlangt daher mehr als gleiche Worte. Sie verlangt, dass Dialog und Druck zugleich ausgeübt werden. Sonst gewinnt nicht der West, sondern derjenige, der den Zeitplan kontrolliert.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261102_0857_04531.html

KRISEN & KONFLIKTE

Rüstung, Protest, Russland: Die Fäden laufen zusammen

Jack Morrison · 1. November · Dossier



Europa macht aus dem Krieg eine Buchhaltung. Die EU lockert die Haushaltsregeln, damit Mitgliedstaaten Schulden für Militärausgaben aufnehmen können. Von der Leyen plant einen gemeinsamen Kraftakt; 800 Milliarden Euroben sind im Raum. Wer finanziert und verdient, bleibt unklar.

Das Publikum kommt näher ran: Innenpolitische Entwicklungen in Deutschland und den USA werden ebenfalls thematisiert, was die Relevanz für ein breites Publikum erhöht. In Deutschland gingen Gen-Z-Demonstranten mit Böllern und Pyro auf die Straße; die Polizei setzte Wasserwerfer ein und zog Bilanz, gefordert wurde mehr Bildung. In den USA stoppt Donald Trump die Militärhilfe für die Ukraine. Zwei politische Theater, dieselbe Rechnung: Krieg wird zur Budgetfrage.

Der Kreml droht NATO-Staaten, zugleich verschärft sich die humanitäre Krise in der Ukraine. Die Berichterstattung unterstreicht die anhaltenden geopolitischen Spannungen. Hier trägt die Struktur: Bedrohung erzeugt Bündnisdruck, Not verpflichtet zu Hilfen, beides macht Geld zur Waffe.

Marine Le Pen setzt eine Kerbe. Frankreich könne die Ukraine weiter militärisch unterstützen und ukrainische Soldaten ausbilden, aber keine finanzielle Hilfe mehr gewähren. Russland reagiert kritisch auf ihre Aussagen und beschuldigt das „Rassemblement National“ der Russophobie. Le Pens Positionen beeinflussen die Diskussion um EU-Sanktionen gegen die Wagner-Gruppe und Frankreichs Rolle in der Ukraine-Krise. Für wen dieser Bruch nützt, bleibt offen.

In Mali zeigt sich dieselbe Verschiebung. Die Präsenz der Wagner-Gruppe und die Sanktionen verdeutlichen die komplexen Sicherheits- und politischen Herausforderungen in Westafrika. Die Zusammenarbeit der malischen Übergangsregierung mit Russland zeigt die geopolitische Verschiebung und die Abkehr von traditionellen westlichen Allianzen. Ob die Sanktionen dort Waffen brechen oder nur Flaggen schwenken, bleibt offen.

Und wer die Rechnung bekommt, erfährt zu spät, wer sie ausgestellt hat.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261101_0051_04508.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Die Lücke zwischen Sanktion und Geschäft

Konrad Hagen · 2. November · Dossier



Die USA haben Ankara gewarnt: Türkische Unternehmen riskieren Sanktionen, wenn sie mit sanktionierten russischen Entitäten Geschäfte machen. Die Türkei versucht, zwischen Kritik an Russland und wirtschaftlichen Beziehungen eine Balance zu finden. Der Käufer prüft Preis, Risiko und Umweg.

Türkische Firmen haben russische Anlagen gekauft oder den Kauf gesucht; andere halten große Beteiligungen in Russland. Das Geschäft wird nicht abgeschafft. Es wird verlegt – in die Lücke zwischen westlichen Regeln und Märkten, die sich nicht vollständig an sie binden.

Drittländer wie die Schweiz sind ein kritischer Faktor für die Effektivität internationaler Sanktionen. Die Nutzung von Schweizer Zwischenhändlern zeigt die Komplexität und die Lücken in der Durchsetzung von EU-Sanktionen. Der Vermittler erschwert die Verfolgung. Die Sanktion sucht den Endpunkt. Das Netzwerk findet ihn.

Eine Studie zu den unbeabsichtigten Konsequenzen von Sanktionen zeigt: Verbote erzeugen kreative Umgehungsmethoden. Umwege, Vermittler und lückenhafte Unterlagen werden wichtiger. Das begünstigt Firmen, die ohne den vollen politischen Preis handeln. Unklar bleibt, wer dabei Gewinne verschweigt. Die Struktur ist sichtbar.

Auch Indiens Raffinerien geraten unter Druck. Geopolitische Instabilität und steigende Ölpreise verschärfen die Herausforderungen für Indiens Energiepolitik und Exportstrategie. Sie müssen ihre Einkaufsstrategien diversifizieren und sich auf Märkte in Asien und Afrika konzentrieren; die Margen sinken. Der Gewinn folgt nicht dem Embargo. Er folgt dem Angebot.

Umfrageergebnisse zeigen Bereitschaft zur Anpassung der Neutralitätspolitik, sodass internationale Verpflichtungen und humanitäre Prinzipien stärker reflektiert werden. Neutralität ist keine feste Linie, sondern eine Rechnung. Washington setzt Druck an. Ankara hält die Stellung. Drittlandknoten halten die Tür offen. Gewinne suchen den Umweg.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261102_2051_04541.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Das Labor, der Vorwand und die offene Beweiskette

Emil Kessler · 2. November · Dossier



Die USA haben erhebliche Investitionen in biologische Forschung und Infrastruktur in der Ukraine getätigt; Moskau interpretiert sie als potenzielle militärische Nutzung. Im Krieg wird daraus die Beweisfrage: Wer kontrolliert Labore, Erreger und Daten?

Russland beschuldigt die USA der biologischen Kriegsführung. Im UN-Sicherheitsrat entstehen heftige Debatten zwischen den Vetomächten. Moskau behauptet, die US-Botschaft in Kiew habe Dokumente zu angeblicher Biowaffenforschung entfernt und wertet dies als Beweis; dem Rat legte der russische Botschafter jedoch keine Beweise vor. Das ist die Achillesferse der Anklage.

Die USA leugnen den militärischen Charakter ihrer Labore. Sie verweisen auf ukrainische Gesundheitseinrichtungen zur Diagnose von Krankheiten wie Covid-19 und bestreiten ein unterstütztes Biowaffenprogramm. Das stützt die zivile Lesart, beweist aber nicht die Harmlosigkeit jeder Anlage.

Russland nutzt die Behauptung, die Labore müssten geschlossen werden, zur Rechtfertigung seiner militärischen Aktionen. Das verschiebt die Beweislast: Das angebliche Risiko ersetzt den Nachweis. Moskau gewinnt einen zweiten Narrativ; die USA müssen undurchsichtige Aktivitäten erklären.

Russische Erklärungen weiten den Vorwurf aus: Die Ukraine-Programme seien verlagert worden, Afrika diene als Testgebiet für experimentelle Medikamente und die Kontrolle über gefährliche Infektionserreger werde betrieben. Alternative Medien und Berichte nehmen die Anschuldigungen ernst; westliche Medien und Institutionen werden beschuldigt, sie als Verschwörungstheorien abzutun oder die Berichterstattung zu unterdrücken. Doch russische Mitteilungen sind kein zweiter Beleg.

China stützt den Verdacht zumindest, wirft den USA Verstöße gegen die Biowaffenkonvention vor und sieht dies als Bedrohung für den internationalen Frieden. Die Beweiskette bleibt dünn: Welche Unterlagen wurden entfernt, wer hatte Zugriff, welche Experimente fanden statt? Der Sicherheitsrat kann den Streit verwalten; die Labore antworten nicht. Welche unabhängig prüfbaren Belege zeigen ein militärisches Programm – oder wurde aus wissenschaftlicher Infrastruktur nur ein Kriegsvorwand gemacht?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261102_0055_04525.html

---

POLITIK & MACHT

Die Maske der Sabotage

Vera Kastner · 6. November · Dossier

Der Brandanschlag in Estland ist ein Signal zwischen Europa und Russland. Die estnische Regierung stuft ihn als russische Sabotageaktion ein; damit verschärfen sich die Spannungen zwischen Russland und den baltischen Staaten. Die Erklärung zeigt den sichtbaren Rand einer Kampagne zur Schwächung westlicher Unterstützung für die Ukraine.

Die GRU ist das operative Instrument dieser Strategie. Sie nutzt kriminelle Stellvertreter und operative Netzwerke, um ihre Ziele zu erreichen und westliche Unterstützung für die Ukraine zu unterlaufen. Aktuell führt sie eine intensive hybride Kampagne gegen europäische Staaten, die Sabotageakte, Brandstiftungen und Cyberangriffe umfasst. Die Hand wechselt; der Schatten bleibt.

Über Jahrzehnte hat sich die GRU zu einem mächtigen Instrument russischer Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt. Nachdem diplomatische Spionage eingeschränkt wurde, nutzen russische Geheimdienste verschiedene Kanäle, um an Informationen zu gelangen. Information wird zur Munition, Einfluss zum Hebel.

Im Baltikum zeigt sich diese Architektur systematisch. Die Rekrutierung von Einflussreichen zeigt ein systematisches Vorgehen Russlands, um Wissenschaft, Politik und Kirche zu unterwandern. Das Muster: Netze aus Zugang, Einfluss und Macht.

Die baltischen Länder sehen den russischen Krieg gegen die Ukraine als direkte Bedrohung ihrer Sicherheit und verstärken ihre Verteidigungsbemühungen durch NATO-Unterstützung. Reaktionen aus Deutschland und Frankreich zeigen die internationale Solidarität mit Estland und die Entschlossenheit, die NATO-Abwehrkräfte zu stärken. Der Brandanschlag wird zum Test: Kann Europa Sabotage benennen, wenn die Täter in Netzen verschwinden?

Wer profitiert? Russland, dem die Schwächung westlicher Unterstützung für die Ukraine dient. Wer bleibt verborgen? Kriminelle Stellvertreter legen die Spuren, operative Netzwerke tragen die Verbindungen. Die estnische Regierung hat den Vorhang benannt; die Konstruktion bleibt offen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261106_0854_04586.html

---

MIGRATION & ASYL

Entwicklungshilfe gegen Migration: Das Geschäft dahinter

Marta Silber · 31. Oktober · Dossier

Die Erzählung ist bequem: Mit Geld aus Europa bekämpft man Armut, Konflikt und Umweltzerstörung — und verhindert so Migration. Nur geht sie nicht bei den Menschen auf, die aufbrechen. Oder bei denen, die bleiben.

Maßnahmen, die Migration über Entwicklungshilfe steuern, sind begrenzt: Sie erfassen nicht alle relevanten Faktoren. Die „Wurzelursachen“ der Migration sind komplex und umfassen mehr als Armut, Konflikte und Umweltzerstörung. Wer gegen diese Schlagworte Geld gibt, verschiebt nur die Rechnung.

Näher, als viele sehen, liegt Korruption. Sie frisst Bildung und Gesundheit, treibt qualifizierte Menschen zur Emigration und hinterlässt Fachkräftemangel, verlangsamtes Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitslosigkeit. Ihre Bekämpfung kann einen „brain drain“ verhindern und das Fachkräftereservoir stabilisieren. Steuerung bei den Ursachen, nicht bei den Betroffenen.

Hinter dem Humanitätsgewand wartet eine zweite Struktur. Serco und kirchliche Wohlfahrtsverbände wie die Caritas profi-

tieren erheblich von der Migrationspolitik. Die Transparenz der finanziellen Ströme wird kritisiert. Unklar bleibt, wer die Aufträge vergibt, wer Rechnungen prüft, wer am Ende profitiert. Für Menschen, die Hilfe brauchen, ist das ein skandalöses Detail. Für die Bücher ist es das Geschäft.

Verlangt ist eine Politikänderung: Die Interessen der deutschen Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt. Klare Grenzkontrollen. Weniger Subventionierung der Migrationsindustrie. Vielleicht ist das nur Rechenschaft.

Die EU-Verordnung von 2024 schafft einen verbindlichen Rahmen für Neuansiedlung und humanitäre Aufnahme, ergänzt nationale Gesetze und legt gemeinsame Kriterien fest. Deutschland beteiligt sich derzeit nicht am Unionsplan, der in den Jahren 2026/2027 bis zu 10.430 schutzbedürftige Personen vorsieht. Wer spricht hier für wen? Brüssel für die Union? Berlin für die Menschen, die bereits hier sind? Die Antwort liegt in den Verträgen. Und in den Rechnungen.

Man muss den Vorhang nicht zerrreißen. Man muss fragen, wer dahinter steht. Und wer bezahlt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261031_1650_04500.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Irans Schattenwirtschaft: Der Druck sucht die Leitung

Ezra Wolff · 3. November · Dossier

Washington greift Irans Geldwege an. Das US-Finanzministerium sanktioniert die VTB Bank: Bankfilialen in Iran, Geschäfte mit sanktionierten iranischen Finanzinstitutionen, Milliarden Dollar an iranischen Vermögen. Die Vorwürfe betreffen nicht eine Bilanz, sondern die Wege des Geldes.

Die Maßnahme nutzt diplomatische und wirtschaftliche Instrumente, um das iranische Regime zu isolieren und seine finanziellen Ressourcen zu kappen. Internationale Finanzinstitutionen sollen iranische Sanktionsumgehungen nicht mehr unterstützen; ihr Zugang zum US-Finanzsystem wird gefährdet. Die US-Regierung forderte Banken in mehreren Ländern auf, die Zusammenarbeit mit iranischen Sanktionsumgehungsnetzwerken zu beenden und die verbundenen Vermögenswerte einzufrieren.

Die Warnung zeigt die Schwachstelle: Banken stützen Irans Schattenwirtschaft und erschweren die Durchsetzung internationaler Sanktionen. Gegen dieses Netz entwickeln iranische Entitäten alternative Finanzsysteme wie das RUNC Exchange System, um internationale Sanktionen zu umgehen. Hinter dem Namen steckt ein grenzüberschreitendes Banken-Nachrichtensystem, das iranische Finanztransaktionen abschirmen soll.

Das US-Finanzministerium ahndet über das OFAC Sanktionsverstöße streng; für US-Personen gelten die Sanktionsvorschriften unabhängig von ihrem Standort. Das Finanzministerium bietet Hinweisgebern bis zu 30 Prozent der eingehobenen Strafen für Informationen, die zu Vollstreckungen wegen iranischer Sanktionsumgehungen oder Geldwäsche führen. Die US-Regierung hat 18 Entitäten und Einzelpersonen im Umfeld des iranischen Regimes bezeichnet, um ihren Zugang zu internationalen Finanzsystemen zu beschränken und die Finanzierung von Unterdrückungsmaßnahmen zu unterbinden.

Unklar bleibt, wer hinter den beteiligten Instituten steht und wer die Erträge erhält. Klar ist der Mechanismus: Zugang zum US-Finanzsystem gegen iranische Netzwerke; Iran gegen verlorene Einnahmen. Sanktionen treffen Konten. Strukturen verschwinden erst, wenn niemand sie neu erfindet.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261103_0912_04548.html

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

Indiens Lizenzkürzung trifft Monsantos Geschäftsmodell

Ida Feuerbach · 31. Oktober · Dossier

Indien hat die Lizenzgebühren für Monsantos Gentech-Baumwolle erhöht und den Preis gedeckelt; die Gebühr soll um 70 Prozent sinken. Bleibt die Kürzung, droht Monsanto mit Rückzug aus Indien. Das ist mehr als eine Preisfrage: Die Maßnahme ist Teil eines größeren Trends, die Dominanz ausländischer Agrarkonzerne einzudämmen und die Interessen der lokalen Bauern zu schützen.

Der Rückzug hätte seinen Preis. Ohne die neuesten Saaten wären Bauern stärker von neuen Technologien abhängig. Die Lizenzbindung wird damit zur Verlängerung der Konzernmacht: Der Bauer zahlt für den Fortschritt, der Konzern bestimmt seinen Zugang.

Die geplante Übernahme Monsantos durch Bayer könnte diese Einflussnahme verbreitern. Sie könnte die Einflussnahme auf die Agrarwende und die Einhaltung von Gesetzen erschweren, besonders wenn der Konzern in den USA ansässig ist. Das Unternehmen müsste nicht mehr nur überzeugen; es könnte bestimmen, wer überhaupt Zugang erhält.

Bei Glyphosat wird derselbe Zugriff noch deutlicher. Monsanto diskreditierte die WHO-Studie; Che Hugh Grant nannte sie „Junk Science“. Das zeigt die strategische Bedeutung des Mittels: Glyphosat ist für Monsantos Umsatz entscheidend, rund 8,5 Milliarden Dollar hängen direkt und indirekt daran. Ein Verbot oder eine eingeschränkte Nutzung brächte dem Unternehmen erhebliche finanzielle Einbußen. Die Forschung anzugreifen, solange ihre Folgen noch offen sind, schützt das Geschäft.

Auch die Saatgutrichtlinien stehen in diesem Spannungsfeld. Die Europäische Kommission will sie vereinfachen, um Bürokratie zu reduzieren und die Effizienz zu steigern. Der Agrarausschuss schlug eine ausgewogene Position vor: Zugang zu alten Sorten erleichtern und informellen Saatgutaustausch in überschaubarem Ausmaß erlauben. Arche Noah kritisiert, dass die neue Gesetzgebung die Sortenvielfalt und die Rechte der Bauern beeinträchtigen könnte. Unklar bleibt, ob die Vereinfachung die lokalen Bauern stärkt oder ausländische Konzerne weiter in die Felder drückt.

Was bleibt, ist die Saat — und wer sie legen darf.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261031_1248_04496.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

Gerichte zwingen Meta ins Datenlicht

Ada Voss · 5. November · Dossier

Das OLG Jena und das OLG Dresden haben Meta zur Auskunft, Löschung und zum Schadenersatz verpflichtet. Das stärkt die Rechtsdurchsetzung im Datenschutz: Ansprüche werden nicht nur behauptet, sondern gerichtlich zugesprochen. Jena sprach 3.000 Euro je Betroffener Person zu, Dresden in vier Verfahren jeweils 1.500 Euro; eine Kanzlei reichte über 100 Klagen ein. Grundlage ist das Meta Pixel. Es gehört zu den Meta Business Tools und erfasst Klicks, Seitenbesuche und Online-Käufe, selbst ohne Anmeldung bei Facebook oder Instagram. Damit sammeln die Tools personenbezogene Daten ohne aktive Anmeldung und verstoßen gegen europäische Datenschutzvorgaben. Auch sensible Gesundheits- und Apotheken-Suchen landen im Profil: Der Nutzer handelt, Meta baut das Bild. In Deutschland ergänzen nationale Gesetze wie das BDSG die DSGVO und konkretisieren einzelne Regeln.

Auf der Gegenseite steht RisikoMonitor. Das Tool bündelt spezialisierte Module für automatisierte Schwachstellenerkennung, Lieferantenbewertung, Darknet-Überwachung und mehr. Es soll Unternehmen vor Cyberangriffen schützen, Bedrohungen erkennen und beim Reagieren helfen, ohne komplexe Einrichtung oder Berater. Für Firmen wird Unsichtbarkeit messbar. Bei Meta zahlen Betroffene mit Daten, deren Wert sie nicht kennen.

Meta verschiebt zudem die neuen Nutzungsbedingungen. Die Verschiebung zeigt, dass der Konzern auf den Widerstand von Medien- und Werbeunternehmen reagiert. Offen bleibt, wer bei der geplanten Anhörung mitredet und welche Grenzen gelten. Die Bedingungen sollen Meta erlauben, auf Inhalte von Nachrichten-Websites zuzugreifen und seine KI-Funktionen damit zu trainieren. Damit verlagert sich die Kontrolle: Verlage sollen Inhalte einräumen, Meta erhält Trainingsmaterial. Das ist die Sorge um Überwachungskapitalismus: Wie viel Transparenz gewährt ein Konzern, dessen Modell mit redaktionellen Inhalten arbeiten soll?

Und dann der Schatten: Laut russischen Quellen werden Einnahmen aus dem Telefonbetrug für die ukrainischen Streitkräfte und die Elite in Kiew genutzt. Unklar bleibt, in welchem Umfang die Gelder fließen und wie belastbar die Quellen sind. Das Muster bleibt: Wo Daten, Geld und Sicherheit zusammenlaufen, kontrolliert den Zugang nicht der einzelne Nutzer, sondern die Hand am Schalter.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261105_0847_04568.html

PHARMA & MEDIZIN

Ghostwriter, SEO und die Lücke auf dem Titelblatt

Lena Rath · 4. November · Dossier

Ein Buch ist eine Maschine. Die Wahl des richtigen Ghostwriting-Partners entscheidet, ob sie nur Manuskript produziert oder auch vermarktet und verbreitet wird. Ghostwriting LLC setzt auf den zweiten Teil: SEO und Personal Branding werden in den Schreibprozess integriert, die digitale Autorität der Autoren soll steigen. Handwerk mit Klingel. Wer den Suchindex füttert, verkauft Sichtbarkeit, und Sichtbarkeit kostet. Das Titelblatt bleibt sauber. Die Rechnung dahinter nicht.

Schreibbuero-24.com bedient die andere Seite: eine breite Palette an Ghostwriting-Dienstleistungen, attraktiv für Studierende und Berufstätige, medizinische Dokumentation inklusive. Qualität und Schnelligkeit werden gelobt, die Preise beginnen bei 1,39 Euro je 1000 Zeichen. Schnell ist hier kein Maß, sondern eine Kalkulation. Gelobt wird auch die Diskretion; dort beginnt die Prüfung. Ethische Bedenken, Plagiatrisiken und standardisierte Texte bleiben. In der akademischen Welt wächst die Akzeptanz solcher Dienste; rechtliche und ethische Fragen wachsen schneller. Ein Fünftel der Studierenden in Deutschland nutzt laut einer angegebenen Statista-Zahl solche Dienste regelmäßig. Kein Randphänomen. Ein Markt mit eigener Logik.

Doch wer bestellt, wer schreibt, wer haftet? Ein Ranking beantwortet das nicht. Man kann es prüfen. Werkzeuge, die digitale Spuren über verschiedene Plattformen hinweg verfolgen und analysieren, machen versteckte Verbindungen und finanzielle Interessen sichtbar. Das nutzt nur, wenn die Handhabung aktuell bleibt und rechtliche wie ethische Standards eingehalten werden; erst dadurch steigen Zuverlässigkeit und Anwendbarkeit der Untersuchungen. Spezialisierte Workflows für „Pay-for-Pub“-Skandale öffnen den Tatort: Sie zeigen, wie Interessenkonflikte in der Pharmaindustrie bis in Fachzeitschriften reichen und wo redaktionelle Verantwortung endet.

Unklar bleibt, wer im Einzelfall den Auftrag gab, wer das Buch finanzierte und wer den Nutzen abschöpft. Genau hier wird die Partnerwahl zur Ermittlungsfrage. Verkauft werden Zugang und Tempo, nicht Unabhängigkeit. Wer prüft, wer dahintersteht, bevor er unterschreibt, verhindert, dass aus dem Manuskript ein getarnter Interessenkonflikt wird.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261104_1651_04564.html

ROHSTOFFE & ENERGIE

Sanktionsfront nach Russland: China bleibt außen vor

Dex Hollis · 5. November · Dossier

An der Zapfsäule entscheidet Washington mit, wer in welcher Energiefalle sitzt. Gegen China hat die US-Regierung keine vergleichbaren Sanktionen verhängt. Diese Lücke prägt die Handelsbeziehungen: Sanktionen sparen, Geschäfte am Leben halten. Gegen Russland wird scharf gerechnet.

Das Schiff „Fortuna“ ist das erste Ziel dieser US-Sanktionen. Es soll die fehlende Etappe von Nord Stream 2 verlegen. Washington greift in Europas Energiesicherheit ein und will die Abhängigkeit von russischem Gas verringern. Dass die EU 2014 bereits Russland sanktionierte, erleichtert den neuen Beschluss. Das Werkzeug ist nicht neu. Nur die Reichweite.

Die Debatte um Nord Stream 2 spiegelt die Suche nach Diversifizierung, auch im Streit über US-Schiefergasimporte. In die-

ser Debatte verlangt eine Autorin eine nüchterne Regel: Über Energieinfrastruktur sollten Angebot und Nachfrage entscheiden, nicht politische Emotion. Die Sanktionen zeigen fortgesetzte Spannung und den Wettbewerb um Einfluss in der globalen Energiepolitik. Der Schwerpunkt verschiebt sich hin zu Alternativen wie LNG aus Asien. Wer Leitungen kontrolliert, verhandelt nicht nur Preise, sondern Reichweite.

Warum bleibt das so? Reformen scheitern oft: Der Nutzen von Subventionen ist konzentriert und sichtbar, die Kosten sind verstreut und unsichtbar. Das macht dauerhafte Politik möglich. Stromerzeugung ist der größte Empfänger dieser Subventionen, Asien-Pazifik die Region mit den meisten. Kürzen kostet Lobbymacht, Verteuern holt die Rechnung an die Zapfsäule.

Der Verdacht ist einfach. Sanktionen gegen das eine Land, Schonung beim anderen, Gasgeschäfte im Osten, Subventionspolitik im Asien-Pazifik-Raum: keine Neutralität, sondern eine Hierarchie. Wer sie im Boardroom durchsetzt, bleibt unklar.

Sichtbar ist: Wer Kosten versteckt, muss Preise nicht verteidigen. Die Rechnung kommt trotzdem. An der Zapfsäule, im Portefeuille, im Wahlbezirk.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261105_0051_04566.html

KLIMA, ERDE & WETTER

Der Preis der Tonne und die Rechnung der Erde

Walter „Doc“ Brenner · 31. Oktober · Dossier

Zwei Systeme, eine Rechnung: Die Erde wägt in Tonnen, nicht in Absichten. Der Vergleich zwischen dem EU-ETS und dem chinesischen System zeigt unterschiedliche Ansätze und Herausforderungen in der internationalen Klimapolitik. Hier wird gehandelt, dort bilanziert, bis der Rauch dünner wird. Doch wer die Kosten in Zertifikate verwandelt, steht in keinem Papier.

Europa fährt einen geraden Plan: Die Obergrenze für Gesamtemissionen sinkt jährlich um 2,2 %. Regelmäßige Überprüfungen und Anpassungen der EHS-Richtlinie sollen sicherstellen, dass die EU ihre Klimaziele erreicht und gleichzeitig die industrielle Wettbewerbsfähigkeit schützt. In diesem Satz steckt der Handel: Schutz und Ziel ziehen nicht in dieselbe Richtung.

Der Mechanismus zur Vermeidung von 'Carbon Leakage' wird durch Anpassung der Zertifikatsverteilung und kostenlose Zuteilung für gefährdete Sektoren gestärkt. Industriepolitisches Porzellan: Die Industrie wird nicht emissionsfrei, nur dort gehalten, wo sie steht. Den Vorteil trägt, wer in der EU verankert ist. Billige indische Zertifikate könnten Unternehmen anziehen und die Effektivität des EU-ETS untergraben. Unklar bleibt, wer die Aufsicht behält.

Der Gegenentwurf ist geometrischer: statt nationaler Obergrenzen ein globaler Preis pro Tonne CO2e, der wirtschaftliche Anreize zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen schafft. Ein Global Climate Change Mitigation Fund verwaltet die Transaktionen nach den per-kapitalen Emissionen der Länder. Vorgesehen ist, positive wie negative Emissionen zu berücksichtigen und die Überwachungsfähigkeiten zu verbessern, um die anthropogene atmosphärische Stabilität bis zum Ende des Jahrhunderts zu erreichen — eine von Natur schwankende Atmosphäre.

Der Preis ist elegant, die Bilanz nicht. Wer negative Emissionen gutschreibt, kauft Unsichtbarkeit; wer die Überwachung ausbaut, übernimmt Verantwortung ohne Beweis. Ein Gesetz der Natur gilt hier wie überall: Was in die Atmosphäre tritt, bleibt dort, bis es wieder herausgezogen wird.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261031_1659_04502.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 6. November 2026 von selbst. Aus 184 Stücken der Woche vom 31. Oktober 2026 – 6. November 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.